

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

17.11.1878 (No. 273)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 17. November.

№ 273.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expdition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1878.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Garteninspektor Ehtz in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen verliehenen Kronen-Ordens vierter Klasse zu ertheilen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 14. d. Mts. gnädigst geruht, den Kameralpraktikanten Daniel Schäfer von Neckarbischofsheim, z. B. Sekretariatsassistent bei dem Ministerium der Finanzen, zum Hauptamts-Kontroleur bei dem Haupt-Steueramt Heidelberg zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Darmstadt, 15. Nov. Die „Darmstädter Zeitung“ bringt folgendes Bulletin: Bei dem Großherzog trat Diphtheritis mit heftigem Fieber auf; örtlicher Prozeß in mäßigen Grenzen, aber noch im Fortschreiten. Bei Prinzessin Marie tritt die Diphtheritis sehr bösartig auf und ist ihr Zustand in hohem Grade besorgnißerregend. Auch der Erbgroßherzog ist von der schweren Form der Krankheit befallen, deren Prozeß im Fortschreiten ist. Prinzess Irene ist schwer erkrankt, jedoch zeigt sich gegenwärtig leichte Besserung. Prinzess Aliz befindet sich besser und bei Prinzess Viktoria ist bald Genesung zu erwarten.

† Darmstadt, 15. Nov. Prinzessin Marie, die jüngste Tochter des Großherzogs von Hessen, geboren am 24. Mai 1874, ist heute gestorben.

† Darmstadt, 16. Nov. Der Großherzog ist heute morgen fieberfrei; der örtliche Prozeß der Krankheit ist stellenweise im Rückgang. Beim Erbgroßherzog hat sich die Drüsenanschwellung am Halse vergrößert, jedoch ist das Fieber geringer; Prinzessin Irene ist fieberfrei, jedoch ist ihr Zustand im Allgemeinen dem schweren Charakter der Krankheit entsprechend und die örtlichen Erscheinungen im Halse sind stark entwickelt; die Prinzessinnen Victoria und Alice sind unverändert.

† Rom, 14. Nov. „Diritto“ dementirt die Nachricht, daß die Grenzbestimmungs-Kommission für Ostrometien ihre Arbeiten in Folge der verzögerten Ernennung der türkischen Delegirten unterbrechen mußte. Die Kommission habe im Gegentheil, wie die für die Grenzbestimmung Bulgariens und Serbiens ernannte Kommission ihre Arbeiten begonnen und setze dieselben regelmäßig fort. — Das königliche Paar wurde in Chieti und Pescara mit Begeisterung empfangen.

† Versailles, 15. Nov. In der heutigen Sitzung des Senats wurden zu Senatoren auf Lebenszeit gewählt: Garçonnet (Legitimist), Dkar de Vallée (Bonapartist) und Hauffonville (Konstitutioneller). — Die Deputirtenkammer erklärte die Wahl von Larochejaquelein für unglücklich.

† London, 15. Nov. Nach einem Telegramm aus Havana von gestern sind laut amtlicher Verordnung die Aus-

fuhrzölle auf Cuba um 10 Proz. und die direkten Steuern von 25 bis 30 Proz. herabgesetzt.

† London, 16. Nov. Die „Morning Post“ will wissen, die von der britischen Regierung beabsichtigte Rektifizierung der indischen Nordwestgrenze werde die permanente Besetzung von Duettah und Djellalabad umfassen, und die Anstellung britischer Residenten in Kabul, Kandahar und Herat im Gefolge haben.

Politische Wochenübersicht.

Unser verehrter Kaiser wurde bei der am 9. d. erfolgten Ueberfiedlung von Koblenz nach Wiesbaden von der Einwohnerschaft der schönen Bäderstadt enthusiastisch bewillkommt und demselben am 11. Abends in einer Sere-nade eine großartige Huldbildung und durch eine städtische Deputation der Ausdruck des Dankes und der Verehrung dargebracht. Am 13. d. erhielten der Monarch und die von Koblenz gekommene erhabene Gemahlin den Besuch des Königs von Württemberg, welcher von der Kaiserin-Königin gegen Ende dieses Monats in Stuttgart erwiedert werden soll. Fürst Bismarck hat sich nach Friedrichsruhe begeben und wird wahrscheinlich vor Eröffnung der Reichstags-Session nicht nach Berlin zurückkommen. In den Resor-tverhältnissen der preussischen Ministerien sind Verän-derungen beabsichtigt: die Eisenbahn-Verwaltung soll von dem Handelsministerium abgetrennt, letzteres dem Reichs-tanzleramts-Präsidenten in Personalunion mit seinem Amte übertragen werden. Domänen und Forsten sollen in das Landwirtschafts-Ministerium übergehen. Auf die neueste preussische Anleihe von 60 Mill. M. wurde gegen 110 Mill. gezeichnet. Am 9. fand in Stettin der Stapellauf der Panzerkorvette „Württemberg“ statt. Am gleichen Tage wurden die Konferenzen der Sachverständigen aus den verschiedenen Bundesstaaten bezüglich einer Reform des Pandbrief-Wesens geschlossen und die Arbeiten der Leinen- und Baumwollen-Enquete wieder aufgenommen. Am 11. wurde der neue Telegraphenvertrag mit England unter-zeichnet. Am 21. d. tritt in Berlin die Central-Moor-kommission zu ihrer 9. Sitzung zusammen. Oesterreich hat den Vorschlag Deutschlands auf Verlängerung des Handelsvertrags um 6 Monate endgültig abgelehnt und wird seinen autonomen Tarif am 1. Januar t. J. in Kraft treten lassen. Das bayerische Budget für 1878 weist ein Defizit von etwa 10 Millionen auf. Der Land-tag von Meiningen ist auf den 18. d. einberufen.

Kaiser Franz Josef hat auf die Ansprachen der Dele-gationspräsidenten in seiner Antwort das Eintreten für die konsequente und allseitige Durchführung des Berliner Friedens betont und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Vertretungen sich mit der Regierung vereinigen werden, um das begonnene Werk einem glücklichen Ende zuzuführen. Der ungarische Delegationsauschuß beschloß die Verathung des Normalbudgets, bevor noch die auf die Okkupation bezüglichen Vorlagen eingebracht sind. Eine umfassende Darlegung der orientalischen Politik wird erst im Plenum der Delegation erfolgen. Der Budgetauschuß der hie-rerichischen Delegation hat das Kriegsbudget im Wesentlichen nach der Regierungsvorlage, jedoch mit einigen Abstrichen erledigt. Für die Deckung der laufenden Bedürfnisse und

der Okkupationskosten wird ein Anlehensgeschäft mit der Rothschild-Gruppe abgeschlossen. Das ungarische Unterhaus hat die Adressdebatte begonnen. Der Entwurf der Majorität des Adressauschusses enthält zwar eine Verwahrung gegen die Okkupation, aber kein Botum gegen die Regie-rung, woher es sich wohl erklärt, daß auch Tisza ihn an-genommen hat. Der Kaiser hat eine Generalamnestie für Bosnien und die Herzegowina erlassen, mit Ausnahme hervorragender Mädelführer, gegen welche aber nach Um-ständen auch Rücksichten walten sollen. Eine Adresse bos-nischer Begs an den Oberkommandanten bittet um Annerion Bosniens und der Herzegowina und aus dieser erschien eine Huldbildungsdeputation beim Kaiser in Pesth. Der auf der Reise von Livadia nach London begriffene Graf Schu-maloff war einige Tage in der ungarischen Hauptstadt, besuchte den Grafen Andrássy und ward auch von dem Kaiser in Privataudienz empfangen. Ohne der Träger irgend-welcher neuer Propositionen zu sein, mit welchen ihn das Gerücht beauftragt sein ließ, soll er nur einige kleinere (?) Angelegenheiten zu ordnen gehabt haben. Graf Schumaloff ist am 14. d. aus Pesth nach Wien zurückgekehrt und wird seine Reise nach London fortgesetzt haben, die ihn, wie es hieß, auch nach Berlin und zum Reichstanzler in Friedrichs-ruhe führen sollte.

In der Schweiz ist es doch zum Referendum wegen der Bundesubvention an die Gotthardbahn gekommen; Waadt allein schon hat die nöthige Zahl Stimmen geliefert; ge-fährdet jedoch erscheint die Subvention nicht. In Genf siegte bei den Wahlen für den Großen Rath die demo-kratische Liste vollständig über die Regierungspartei, von deren Kandidaten nur Staatsrath Carteret gewählt wurde. Die Wahlen haben über ein Duzend Ultramontane und drei Sozialisten in den Rath gebracht.

Die bei der belgischen Kammereröffnung am 12. von dem König gehaltene Thronrede kündigt Vorlagen in Be-treff des Unterrichtswesens, das unter ausschließlicher Leitung der Civilbehörde stehen müsse, Vollenbung der Organisation des Militärwesens und Verbesserung der Wahlgesetzgebung an.

Der Budgetauschuß der französischen Deputirtenkammer hat seine Arbeiten vollendet und wird demnächst die Be-handlung im Plenum beginnen. Ein definitiver Steuer-überschuß von 22 Mill. soll zu verschiedenen Steuerent-lastungen benützt werden. Der Unterrichtsminister hat einen Gesetzentwurf zur Einführung eines höheren Elemen-tarunterrichts für Knaben, der Bauteurminister zwei Ent-würfe betreffend die Klaffung des neuen Ergänzungsg-nezes der großen Eisenbahnen und zur Klaffung der Wasserstraßen (letzteres Arbeiten in der Höhe von etwa 830 Mill.) vorgelegt. Das vielbesprochene Manifest der Rech-ten beider Kammern an die Delegirten für die Staats-wahlen ist nun doch, da die sog. Konstitutionellen wieder mit den Bonapartisten gehen, schließlich zu Stande gekom-men; es warnt die Wähler vor den Tendenzen der rabi-kalen Partei. Die republikanische Partei wird von einer gerichtlichen Verfolgung der Urheber und Minister des 16. Mai absehen. Die Rechte des Senats beabsichtigt noch immer eine Interpellation über die Frage der Opfion zwischen dem konfessionslosen und dem kongregationalistischen Volksunterricht, gegen welche letzteren sich mehr und mehr Gemeinden aussprechen. Am 10. d. wurde die im Ganzen

Groß. Hoftheater.

7. Karlsruhe, 15. Nov. Die abgelaufene Woche brachte uns an einem Abend zwei Novitäten nicht alltäglichen Schlages: das einaktige Lustspiel „Die Verlassenen“ von Bauernfeld, dem hochbetagten, aber, wie man sieht, noch immer produktiven Aristophanes der Wiener Gesellschaft, und Wilhelm Jordan's, des Nebenun-terhalters, dreiaktiges „Durch's Ohr“. Das Bauernfeld'sche Stückchen ist etwas leichtem Gehalts, aber fein ausgearbeitet, wie Alles, was Bauernfeld schreibt, eine Art Salon-Opus, das kaum etwas wie eine Handlung anweist. Zwei ledige Damen, Baroness Julie (Frau Lange) und ihre Nichte, Comtesse Paula (Frl. Joh. Schwarz), die es Beide gleich unzutraglich finden, „daß der Mensch allein sei“, sind darum Beide im Stillen nicht wenig verstimmt über ihren eben zum Besuch anwesenden Verwandten, Baron Felix, der, früher schmu-der Hufarenoffizier, jetzt noch sehr lebensfähiger, obwohl nicht mehr völlig jugendlicher Diplomat, auch ihnen den Hof gemacht, der Tante vor Jahren, der Nichte so wenig später, daß Beide wohl einige Ur-sache zu gegenseitiger Eifersucht hätten, wenn sie sich nicht bereits — Beide von ihm verlassen hätten. Paula's noch immer jugendliche Liebeshörigkeit hilft indessen doch, dem aimable roué seine hart-näckige Ehegeschehnisse schließlich überwinden und nicht ohne Anstrengung und inneren Kampf bringt er endlich einen Heirathsvertrag zu Stande. Obwohl durch denselben immerhin geschmeichelt, zögert Paula, ein-gedenk der bedenklichen Mittheilungen der Tante, sich sofort zu er-klären, zumal da Baron Felix seine Adresse auffallend eilig beireibt; sie behält sich reißliche Ueberzeugung und brisissigen Bescheid vor. Fr. v. Schweizer (Fr. Lange), gleichfalls pensionirter Hagefoll, dem die unmerkliche Pflege seines Bedienten eine Gattin bisher völlig ent-behrlich erscheinen läßt, schießt seine Geschehnisse durch die Annäherung der Baroness Julie mit einem Male bedenklich zum Bankrott gebracht, und als nun gar seine Abreise durch ein plötzliches Verlangen seines

„Johann“ unerwarteten Aufstuh erleidet, erkennt er darin eine Mahnung, sich für derartige Fälle einen Ersatz zu sichern, und wirbt mit Erfolg um die Hand der Baroness. Ein Gleiches geschieht, obwohl in etwas auffallender Form der Comtesse gegenüber von Seiten des bürgerlichen Waisbesizers Dr. Günter, welcher ihr von frühen Jünglingsjahren her eine leidenschaftliche Neigung bewahrt hat, die ihrerseits um so weniger unerwidert bleibt, als sie einige Ursache hat, die Vöndigkeit des diplomatischen Betters in Zweifel zu ziehen. So haben denn die beiden „Verlassenen“ willkommenen Erfolg gefun-den und der galante Schmetterling fliegt, allem Vermuthen nach der gereiteten Freiheit froh, von dannen.

Die Darstellung war nur theilweise gelungen. Der diplomatische Don Juan, Baron Felix, war von Hrn. Schneider vortrefflich gespielt. Die beiden Damen waren angemessen dargestellt. Den Hrn. v. Schweizer spielte Hr. Lange mit wirksamer Komik, ließ aber die entsprechende Bornehmtheit vermissen. Völlig unbegreiflich war die Auffassung des Dr. Günter von Seiten des Hrn. Gröfser. Von eiferfüchtiger Leidenschaft ergriffen, darf er heftig aufgeregt erscheinen, aber niemals seine Eigenhaft als gebildeter Mann so sehr verläugnen, daß er der Dame seines Herzens gegenüber polternd und tobend hin und wieder läuft, sie grimmig ansieht u. s. w.; auch der eiferfüchtige Gentleman muß immer Gentleman bleiben. — Bauernfeld's Lustspiele, deren beste dem hiesigen Theaterpublikum noch gar nicht bekannt sind, sind eine werthvolle Acquisition für ein Schauspiel-Reperioir, aber sie müssen sein, sehr fein gespielt werden.

Jordan's bereits mehrere Jahre altes Lustspiel „Durch's Ohr“, in eleganten, fließenden Versen geschrieben, ist eine reizende Dichtung von bezauberndem Wohlklang der Sprache. Auch in diesem Stück bietet sich wenig Handlung, gar kein dramatischer Konflikt; die Intrigue hält sich im Gebiete harmloser Rederei. Nichtsdestoweniger bietet das Lustspiel sehr wirksame Situationen, der seine Dialog ist reich an hübschen Pointen und die einfache Handlung hält den Zu-

schauer die drei Akte hindurch bis zum Schluß in anmuthigster Spannung.

Der Darstellung wäre hin und wieder deutlicher Vortrag, schär-fere Akzentuation zu wünschen gewesen. Die gräßlichen Verse des Lustspiels sind nicht so schwer zu sprechen, wie Alexandriner, aber unser Schauspiel bedürfte überhaupt eines Vortragmeisters, auch für die Prosa. Obige Ausstellung trifft nicht diejenigen Stellen, auf welchen ein dramatischer Accent liegt, wohl aber solche, die lediglich konversationeller Natur sind. Im Uebrigen zeugte das Spiel der Darsteller (Herrich, Hr. Starke, Robert, Fr. v. Forar, Clara, Frl. Schanze, Mathilde, Frl. Joh. Schwarz) von sorgfamer Einstudierung und war stimmungsvoll genug, um den Zuschauer sym-pathisch zu ergreifen. Frl. Schanze wird bei der Wiederholung gut thun, die mit verhallter Stimme zu sprechenden Stellen etwas weniger rau zu geben. Auch im übermäßig heftigen Spiel sollte sich doch die weibliche Anmuth — auf der Bühne zum mindesten — nie gänzlich verläugnen.

Lessing's „Emilia Galotti“ wird unter den klassischen Dramen unseres Schauspiel-Reperioirs mit am besten, wie manchen sagen, fast vollkommen gut gespielt. Die trefflichen Einzel-leistungen der Frau Lange als Desina, des Hrn. Lange als Marinelli, des Hrn. Schneiders als Doardo Galotti, des Hrn. Gröfser (der künftig nur auf eine bessere Rolle bedacht sein möge) als Appiani sind lange schon bekannt und anerkannt gewürdigt. Auch Frl. Schanze's Darstellung der Emilia war mit unverkennbarem Fleiße herausgearbeitet und von sympathischer Wirkung. Ihr Spiel bei der Heimkehr aus der Kirche war von ergreifender Wahrheit, der keineswegs klippentöne Dialog mit Appiani angemessen, ja anmuthig gesprochen. Die Stelle des letzten Aktes „woll' mich reisen, will' mich bringen“ war, anstatt der hier angezeigten Steigerung, vielmehr mit sinkender Stimme gesprochen, was nicht gerechtfertigt erichmt. Im Uebrigen war auch in dieser letzten Scene Gebirgsenspiel und Vor-trag von gutem Eindruck.

von etwas über 16 Millionen Menschen besuchte Ausstellung geschlossen.

Das italienische Königspaar wird auf seiner Reise durch die Provinzen fortwährend überall enthusiastisch aufgenommen. Der Abg. Pessina hat das Ministerium des Ackerbaues und Handels definitiv angenommen. Die Klerikalen werden künftig ihr Verfahren ändern und, ohne Zweifel auf Befehl aus dem Vatikan, den Kampf mit den Liberalen an den Wahlurnen aufnehmen. Italien wird also auch sein ultramontanes „Zentrum“ erhalten.

Die spanischen Cortes haben das Militärgesetz und das Wahlgesetz angenommen. Der Ministerpräsident Canovas gedenkt eine Mobilisation des Ministeriums anzuregen. Es sollen Gesetzentwürfe gegen die Internationalen, die in Spanien eine feste Organisation und große Ausdehnung gefunden hat, in Ausarbeitung sein. Der Attentäter Moncafi ist zum Tode verurteilt. Der Konflikt mit Marokko geht seinem Ende entgegen.

Nicht bloß für England war die ohne Zweifel friedlich und beruhigend gehaltene Rede des englischen Premieres am Lord-Mayors Bankette des 9. November das große Ereignis des Tages. Lord Beaconsfield wies entschieden die Meinung zurück, daß die Unterzeichner des Berliner Vertrags oder einer derselben die Möglichkeit in's Auge gefaßt habe, der vollen Erfüllung ihrer Verpflichtungen auszuweichen oder zu entkommen, und nur der englische Schlichter, die Türkei, wird beschuldigt, seine Verpflichtungen nicht zur gehörigen Zeit ausgeführt zu haben. Er bezeichnete zwar den gegenwärtigen Stand der Dinge als „ernst“, wie immer, wenn eine große Gestaltung vor sich gehe und noch nicht fertig sei, aber er läugnet die „Gefahr“, wobei es jedoch an dem Appell an die Unterstützung der Nation in Betreff der Ausführung des Berliner Vertrags nach seinem Buchstaben und Geiste und Wahrung der Unabhängigkeit des Sultans auch nicht fehlte.

In Bezug auf Afghanistan ist die Rede, vielleicht mit Rücksicht auf das noch zu erwartende Schicksal des Ultimatum, weniger klar, scheint aber eine friedliche Lösung nicht auszuschließen, auf die man jetzt auch in Simla hoffen soll. Die von Lord Beaconsfield erwähnte „Berichtigung der nordwestlichen Grenze Indiens“ könnte sich auf die permanente Besetzung von Quetta beschränken. Indessen hat sich doch anlässlich des drohenden Afghanenkriegs unter dem Vorherrsche des früheren Vizekönigs von Indien, Lord Lawrence, ein Komitee gebildet, um eine Kundgebung der öffentlichen Meinung für sofortige Einberufung des Parlaments herbeizuführen. Augenblicklich ist Allem nach die gewissenhafte Ausführung des Berliner Friedens die Lösung der gesamten europäischen Diplomatie. Sie hat Ausdruck gefunden aus dem Munde des Kaisers von Oesterreich, wie in einer aus Livadia an Lord Loftus ergangenen Note mit der Versicherung, daß es der Wunsch des Kaisers Alexander sei, den Stipulationen des Berliner Vertrags jede gehörige Rücksicht zu schenken und die sehr gewünschte Pazifikation durch eine getreuliche Ausführung des Vertrags herbeizuführen. Mit der Rückkehr des Grafen Schwaloff erwartet man in London eine definitive gütliche Lösung der noch zwischen England und Rußland bestehenden Differenzen. Goffentlich macht damit auch die gemeinsame Verständigung über die noch immer wirre Lage auf der Balkan-Halbinsel gute Fortschritte und nehmen die unklaren Schritte und Maßnahmen dortiger russischer Mandatäre ein Ende, welchem Zwecke die Berufung des Fürsten Dondukoff-Korsakoff, Gouverneurs von Bulgarien, nach Livadia dienen mag. Die Haupt Schwierigkeit scheint noch immer die Forderung der Pforte zu sein, sowohl die im Berliner Vertrage übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, sowie sich mit Rußland über die von jenem Vertrage nicht berührten Punkte zu einigen. Von der letzteren Schwierigkeit sind offenbar die russischen Truppenbewegungen veranlaßt, welche der ganzen Situation noch immer ein so bedrohliches Aussehen geben. Griechenland gegenüber scheint sich die Pforte nunmehr zu Verhandlungen über eine Grenzberichtigung zu verstehen, womit dann wieder ein weiterer Punkt der Beunruhigung beseitigt wäre. Midhat Pascha ist, wohl auf Englands Initiative, zum Gouverneur von Syrien ernannt worden, was man als einen Sieg der Reformpartei betrachtet. Serbien wird am 17. d. seine gesammte Militärarmee demobilisieren. Die Wahlen zur Skupschtina sind im Sinne der bestehenden Regierung ausgefallen.

Deutschland.

β Berlin, 14. Nov. Heute Mittag um 4 Uhr hat die gestern schon angekündigte Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden. Es handelte sich namentlich auch um die Feststellung der Eröffnungsrede für den Landtag, sowie um andere Landtags-Angelegenheiten. Die Meldung, daß die Eröffnungsrede bereits unter Theilnahme des Fürsten Bismarck vor dessen Abreise beraten sei, ist irrtümlich. Derselbe hat das Staatsministerium nicht versammelt, sondern nur mit einzelnen Ministern, namentlich auch mit dem Finanzminister, geschäftliche Besprechungen gehabt. Die Gerüchte über angebliche Rücktrittsgedanken des letzteren sind endlich überall verstummt.

Auf 2 Uhr war heute eine Plenarsitzung des Bundesraths angelegt. Auf der Tagesordnung stand u. A. eine Vorlage, betreffend die bei der Baumwollen- und Leinen-Enquete zu Gunsten zu legenden Fragen, und ferner um den mündlichen Bericht über die Vorlage wegen strafrechtlichen Einschreitens gegen Verleibung des Bundesraths durch die Presse.

Die „Kreuz-Zeitung“ meldet, daß das Herrenhaus diesmal gleich im Anfang mehr Beschäftigung finden werde, als in früheren Sessionen. In der That besteht die Absicht, mehrere der größeren dem Landtage vorzulegenden Gesetzentwürfe, namentlich solche, welche schon in früheren Sessionen im Abgeordnetenhaus durchberathen worden, ohne zur Erlebung gelangt zu sein, diesmal zunächst im Herrenhaus einzubringen.

Der Minister des Innern hat die Provinzialbehörden aus Anlaß eines Spezialfalles von Neuem darauf hingewiesen, daß grundsätzlich daran festzuhalten ist, daß ein Titel, der ein Staatsamt bezeichnet, zur Verleihung an Beamte von Korporationen sich nicht eignet und daß daher für derartige Beamte andere Titel zu wählen sind. In dem vorliegenden Falle handelte es sich darum, daß ein Kreisaußschuß einem von der Kreisvertretung angestellten Baubeamten den Titel Kreis-Bauinspektor zu geben beabsichtigte.

† Berlin, 15. Nov. Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge würde die Voruntersuchung wegen des Untergangs des „Großen Kurfürst“ im Laufe der nächsten Woche zum Abschluß gelangen und alsdann nach Revision der Akten durch das Generalauditorium die Zusammensetzung des Kriegsgerichts erfolgen können; letzteres dürfte nach ungefähre Schätzung die Verhandlung im Laufe des Jahres zu Ende zu führen vermögen.

Berlin, 15. Nov. Die Zweifel, denen die Nachricht begegnete, daß die österreichische Regierung eine Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland bis zum 30. Juli l. Z. positiv abgelehnt habe, erweisen sich als berechtigt. Die Verhandlungen schweben noch, und zwar einseitig sowohl über die Frage einer Verlängerung des Vertrages als andererseits über ein eventuelles provisorisches Abkommen bezüglich des Einwandhandels an der österreichischen Grenze, des Verkehrsverkehrs und der Einführung von Rohprodukten bis zu dem Zeitpunkt, mit welchem sich die deutsche Regierung und Reichsvertretung über die Zoll- und Steuerfrage schlüssig gemacht haben möchten. Alle eingeleiteten Verhandlungen sollen mit möglichster Beschleunigung zu Ende geführt werden.

Der russische Botschafter Fürst Orlov hat sich gestern Abend nach Wiesbaden begeben.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 15. Nov. 50. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorherrsche des Präsidenten Lamey. (Schluß aus der heutigen Beilage.)

Zustizminister-Präsident Dr. Grimm: Nach dem Inhalte des heutigen Kommissionsantrags liege die ganze Sache ebenso, wie bei der erstmaligen Berathung des § 18. Von dem früheren Entwurf unterscheidet sich der neue ja im Wesentlichen nur darin, daß in Absatz 2 statt der Worte „die den Bezirksämtern beigegebenen rechtskundigen Beamten“ gesagt sei: „die den Bezirksämtern beigegebenen Rechtskundigen“; hierin liege aber doch gewiß keine Erweiterung des der Regierung zur Besetzung der Amtsanwaltschaft überlassenen Spielraums, weil dieselbe ja schon nach Absatz 1 in der Lage sei, Rechtskundige, die nur die erste Prüfung bestanden, in diesem Amte zu verwenden. Es sei nun schon neulich auch regierungseitig anerkannt worden, daß die Besetzung der Amtsanwaltschaften mit Juristen gewiß jeder andern Regelung vorzuziehen sei, daß ihr aber Bedenken hinsichtlich der absoluten Durchführbarkeit der Maßregel im Wege ständen; aus diesem Grunde hätten damals die Abgg. Seybel und Genossen den Antrag gestellt, die Angelegenheit wie in andern Staaten so auch bei uns vorerst dem Verordnungsrechte der Regierung zu überlassen, und ebenso habe damals der Abg. Jungmann vorgeschlagen, in die Fassung des Abs. 1 das Wort „thunlichst“ aufzunehmen, welchem Vorschlag gegenüber schon damals die Großh. Regierung keine ablehnende Haltung an den Tag gelegt habe. Diesen Anschauungen sei im revidirten Entwurf nun gar keine Rechnung getragen. Im Wesentlichen stimme derselbe ja in dem Bilde, welches derselbe über die künftige Organisation der Amtsanwaltschaft in Baden entrolle, mit den Intentionen der Regierung überein, nur bitte Redner wiederholt, ihm eine solche Fassung zu geben, daß das Erforderniß unbedingt und ausschließlicher Besetzung mit Juristen wegfalle; der Ausweg, den früher der Abg. Jungmann vorgeschlagen, sei dazu sehr wohl geeignet. Es sei sehr fraglich, ob die genügenden juristisch gebildeten Kräfte zur Verfügung stehen werden; die Absicht der Regierung gehe, wie Redner schon bei der früheren Berathung erklärte, darauf, zunächst die Amtsanwaltschaften ex currendo von den Staatsanwaltschaften der Landgerichte aus befragen zu lassen, dann vielleicht in größere Städte, wie Pforzheim oder Heidelberg, ein Mitglied der Staatsanwaltschaften zu detachiren, ferner mehrere kleinere Amtsbezirke zu einem Amtsanwaltschafts-Bezirk zusammenzulegen; ob sich ein solches System aber dauernd durchführen lasse, das müsse erst die Erfahrung zeigen. Gerade bei der in Zukunft so umfassenden Thätigkeitsphäre dieser Beamten, welche viele bisher den Amtsrichtern obliegende Geschäfte einschließe, könne sich ja, besonders wegen der Forderung der Voruntersuchungen, leicht die Nothwendigkeit herausstellen, daß die Amtsanwälte dauernd am Orte des Amtsgerichts anwesend seien und dort also ihren Sitz bekommen müßten; in diesem Falle sei es unmöglich, für alle Stellen Juristen zu finden und ausreichend zu beschäftigen. Alsdann müsse daran gedacht werden, wie in andern Staaten, so auch bei uns die Amtsanwaltschaft als Nebenamt zu vergeben; habe man doch in andern Staaten vielfach Gemeindebeamte für diese Funktion bestimmt, was freilich für Baden nicht beabsichtigt und daher im Entwurf nicht vorgesehen sei. Ein Bedürfniß, ausschließlich nur Leute mit akademischer Bildung zu verwenden, liege doch gewiß auch nicht vor und sei dieses auch bisher nicht in Baden Rechtens gewesen. Warum sollen z. B. in den politischen Bagatelldingen, bei Anschuldigungen wegen zu schnellen Fahrens, wegen unterlassener Straßenreinigung u. s. w., absolut nur Juristen die Anklage zu vertreten in der Lage sein? Die Ausführung des Kommissionsvorschlages erscheine ferner auch in finanzieller Hinsicht bedenklich; in Bayern und Preußen sei in den Regierungsmotiven ausdrücklich auf diesen Punkt hingewiesen worden. Bayern sage in seinen Motiven, daß wenn man die Richterqualifikation für alle Amtsanwälte verlange, dieses einen jährlichen Mehraufwand von mehreren hunderttausend Mark

für die Staatskasse verursachen werde; Preußen spreche sich in seinen Motiven zum Einführungsgezet der deutschen Gerichtsverfassung wörtlich dahin aus:

„Von der Voraussetzung der Richterqualifikation ist hinsichtlich der Amtsanwälte jedenfalls Abstand zu nehmen, schon deshalb, weil dem Staate weder das erforderliche Personal, noch die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen, um die Stellen der Amtsanwälte sämmtlich oder auch nur zum größten Theil mit Beamten, welche zum Richteramt befähigt sind, besetzen zu können.“

Es müssen daher Einrichtungen getroffen werden, welche es zulassen, unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse zur Verwaltung der amtsanwaltschaftlichen Geschäfte die geeigneten Kräfte, wie sie sich gerade darbieten, zu verwenden.“

Die Kommission habe sich zwar darauf berufen, es würden ja Rechtspraktikanten in genügender Anzahl zur Verfügung stehen, das sei aber doch sehr fraglich und außerdem sei für die praktische Vorbereitung der jungen Juristen, wie Redner früher schon ausgeführt habe, gerade die Thätigkeit der Amtsanwaltschaft keine sehr instructive, auch eigneten sich doch gerade für dieses Amt ganz junge Leute, die eben erst von der Universität kommen, mithin ohne alle Lebens- und Geschäftserfahrung seien, gewiß für Handhabung der kleinen Strafrechtspflege am allerwenigsten; Land und Leute zu kennen sei doch auch von Nutzen. Ob aber schon etwas ältere Leute, ob namentlich Referendare auch Willens sein werden, auf diesem Posten dauernd auszuharren, ob dieselben nicht vielmehr, falls man ihnen nicht größere Vortheile bietet, auf ihrer Laufbahn mit Entschiedenheit weiter zu kommen suchen werden, sei ebenfalls noch zu unteruchen. Auch auf diese Punkte könne man ganz leicht beim Budget zurückkommen. Redner bitte das Haus, dem Kommissionsantrag in seiner jetzigen Fassung die Annahme zu versagen.

Abg. Schneider: Es erscheine nothwendig, die Schöffengerichte mit der Integrität und in dem Ansehen aufrecht zu erhalten, welche sie bisher besaßen. Dies würde durch Annahme des Kommissionsantrags geschehen. Die Anklage soll in objektiver Weise vorgetragen werden, das sei aber von niederen Polizeibediensteten oder von Aktuaren doch viel weniger zu erwarten, als von akademisch gebildeten Leuten. Es sei nicht nöthig, hier erst noch Erfahrungen abzuwarten, das Ansehen der Schöffengerichte verlange, daß diese Angelegenheit sofort und zwar im Sinne des Kommissionsvorschlages geordnet werde.

Abg. Friederich: Finanzielle Bedenken sprächen gegen den Kommissionsantrag. Auch sei es sehr fraglich, ob die nöthigen juristisch gebildeten Kräfte vorhanden sein würden, weil mit der neuen Organisation ohnehin ein Mehrerforderniß an jungen Beamten eintreten werde, schon deswegen, weil sich voraussichtlich manche ältere Beamte pensioniren lassen würden. Redner wäre mit der Fassung des § 18 einverstanden, wenn, wie dies bei der früheren Berathung schon vorgeschlagen wurde, das Wort „thunlichst“ in Absatz 1 beigelegt würde.

Abg. Seybel: Bei der letzten Diskussion über den § 18 habe er mit den Abgg. Frech und Behert den Antrag gestellt, diesen ganzen Gegenstand dem Verordnungsrecht der Regierung zu überlassen. Auch heute stehe er durchaus auf jenem Standpunkt. Es würden die nöthigen juristisch gebildeten Kräfte fehlen, weil mit der neuen Organisation schon an sich viele neue Kräfte nöthig würden. Den Kostenpunkt solle man auch nicht außer Augen lassen. Bisher hätten in Polizei-Strafsachen vielfach Aktuare in durchaus angemessener Weise die Anklage vertreten. Unter den Aktuaren gebe es viele praktisch erfahrene, geschäftsgewandte Leute; dem Ansehen der Schöffengerichte werde es nicht schaden, wenn diese als Amtsanwälte fungirten. Er schlage vor, den Absatz 1 mit Einschaltung der Worte „soweit thunlich“ anzunehmen. Gegen die erste Bestimmung des zweiten Absatzes habe er nichts zu erinnern, bei der zweiten müßte er seine Ansicht dahin aussprechen, daß die bei den Bezirksämtern beschäftigten Referendare oder Rechtspraktikanten wohl zur Ausübung der ausgedehnten Funktionen der Amtsanwaltschaft keine Zeit haben würden.

Abg. Fieser: Zwischen der Großh. Regierung und der Kommission bestehe eigentlich im Prinzip Uebereinstimmung; nur glaube erstere, sie könne bei Annahme des Kommissionsantrags einmal in die Lage kommen, faktisch Niemanden zur Besetzung der Amtsanwaltschaften zur Verfügung zu haben.

Die Kommission sei nach reiflicher Prüfung auf die Ansicht zurückgekommen, daß nur Juristen zu diesem Amte befähigt seien; die Kompetenz der Schöffengerichte werde sich nicht nur auf Uebertretungen erstrecken, sondern auch auf viele wichtige Vergehen; das Schöffengericht werde unter Umständen in gewissen Fällen sogar Gefängnißstrafe bis zu 5 Jahren aussprechen können.

Ein so wichtiger Dienstzweig verlange Besetzung mit Juristen; einem Aktuar das Recht zuzugestehen, Voruntersuchungen zu führen, Verhaft zu erkennen, Hausdurchsuchungen vorzunehmen, könne nicht angehen. Das Personal werde reichen, wie es bisher auch hatte reichen müssen. Mit Zugabe von etwa 1 oder 2 rechtskundigen Gehilfen an jede Staatsanwaltschaft werden sich alle Amtsanwaltschafts-Geschäfte besorgen lassen. Die Staatsanwaltschaften seien ja nach § 159 R.-St.-P.-O. auch in Zukunft berechtigt, die Bezirksämter um Vornahme von Erhebungen und Ermittlungen anzufragen; bisher hätten sich in solchen Fällen, wie Redner anerkennen müsse, die Verwaltungsbehörden stets sehr entgegenkommend gezeigt und dies werde wohl auch ferner so sein; damit könnten sich die Staatsanwaltschaften ihre Geschäftslast etwas erleichtern und seien um so mehr in der Lage, die Amtsanwaltschaften mitzubeforgen.

Für den öffentlichen Dienst werde demnach die Annahme des Kommissionsantrags nicht die befürchteten übeln Folgen haben. Redner bitte, den § 18 anzunehmen.

Zustizminister-Präsident Dr. Grimm: Er müsse darauf

Todesanzeige
 D. 232. Am 5. d. M. entschlief sanft zu Freiburg i. B. Geh. Hofrath
Prof. Dr. J. Sengler
 in seinem 80. Lebensjahre.
 Freunde und Bekannte bitten wir, dem Verstorbenen ein freundliches Andenken bewahren zu wollen.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Privatinstitut & Pensionat
 von
A. Fecht, Premierlieut. a. D.,
Karlsruhe.
 Sophienstrasse 55.
 Gründliche Vorbereitung zum
 Einjährig-Freiwilligen-Examen,
 Staatsbahndienst etc., Aufnahme
 jederzeit, event. besondere Nach-
 hilfstunden. Gewissenhafte Beauf-
 sichtigung der Pensionäre, mässige
 Preise. Oeffentliche und officiële
 Anerkennungen der bisher durch-
 gängig guten Resultate werden auf
 Wunsch sofort übersandt. Prospec-
 tus gratis und franko durch den
 Institutsvorsteher. 3169. 11.

Konditorgewerkschaft
 D. 221. 1. Ein in allen Branchen der
 Konditorerfahrener Gehilfe findet sogleich
 dauernde Kondition.
 Wo? legt die Expedition dieses Blattes.

Wohnung gesucht.
 D. 197. 2. Eine Familie, welche
 auf dem Lande wohnt und öfters
 nach der Residenzstadt kommen
 möchte, wünscht wenigstens für
 diesen Winter unweit des Theaters
 2 bis 3 möblierte oder unmöblierte
 Zimmer, mit oder ohne Bedie-
 nung, zu bekommen. Offerten
 nebst Preisbedingungen unter
 N. 137 durch **Hausenstein
& Vogler, Karlsruhe.**



Grösste Menagerie von C. Kaufmann.
Heute Sonntag zum
letzten Male
 Hauptvorstellung und Fütterung: Nach-
 mittags 4 und Abends 8 Uhr.
 Bei dieser Gelegenheit sage ich den geehr-
 ten Bewohnern von Karlsruhe für den
 zahlreichen Besuch meinen herzlichsten Dank.
 Berechnigte Vorstellungen an mich oder
 meine Leute werden nur noch bis morgen
 Mittag ausgeführt. Achtungsvoll
C. Kaufmann.

Spielwerke
 4 bis 200 Stücke spielend; mit oder
 ohne Expression, Mandoline, Trom-
 mel, Gloden, Castagnetten, Himmel-
 stimmen, Harfenspiel etc.
Spieldosen
 2 bis 16 Stücke spielend; ferner
 Necessaires, Cigarrenständer, Schwei-
 zerhändchen, Photographiealbum,
 Schreibzeuge, Handtaschen, Brief-
 beschwörer, Blumenwagen, Cigarren-
 etuis, Tabaksdosen, Arbeitstische,
 Flaschen, Biergläser, Portemonnaies,
 Stühle etc., alles mit Kunst. Stets
 das Neueste empfiehlt
J. S. Keller, Bern.
 In denen mein Name nicht steht, sind
 fremde; empf. Jedermann directen
 Bezug, unfr. Preislisten sende
 franco. D. 180. 1.

Für 10 Mark
 Praktisches Weihnachts-Geschenk.
 10 ganze Meter Winter-Kleiderstoff,
 8 carrirtes Bettzeug,
 1 großes weisses Umschlagetuch,
 1 wolleter Cachemir-Schawl,
 3 Stück weiße, reinleimene Taschentücher
 versendet Alles zusammen gegen Postnach-
 nahme oder vorherige Einzahlung von 10 M.
 die Fabrik von **E. Leyser** in Berlin C.
 11 Bopenstrasse 11. (actv 99/11) D. 233

Bürgerliche Rechtspflege.
 Warnungen.
 E. 590. Nr. 57, 636. Karlsruhe. Der
 von der Allgemeinen Versorgungsanstalt im
 Großherzogthum Baden auf den Namen der
 Vertheilung, geleitete Jacobson,
 von Ruffel angeführte Reutemlein über
 200 fl. Nr. 665 I. Klasse vom Jahr 1843,
 ist in Verlust gerathen.
 Gegen den Erwerb dieser verlorenen Ur-
 kunde wird hiermit öffentlich gewarnt.
 Karlsruhe, den 14. November 1878.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 u. Braun.
 Diegler.

SINGER'S
Original-Mähmaschinen.
 Wöchentliche Abzahlung M. 2. — Mehrjährige Garantie!
 Unterricht gratis!

Alte oder nicht
 zweckentspre-
 chende Maschi-
 nen aller Sy-
 steme werden
 in Umtausch
 zurückgenom-
 men u. in Zah-
 lung berech-
 net.

NUR ACHT, wenn mit obiger Handelsmarke
 versehen!

G. Neidlinger,
 Karlsruhe, Karl-Friedrichs-Straße 32.
 Tüchtige Provisionsreisende werden stets angestellt.
 8757. 7.

Bekanntmachung.
 D. 239. Frankfurt a. Main.
 Wir bringen hiermit zur Kenntniss, dass nach dem Tode des Herrn Direktors
 Carl Fecht der unterzeichnete C. Lämmerhirt als alleiniger Direktor unserer
 Gesellschaft fungirt, und dass der Verwaltungsrath in Gemässheit § 37 unseres re-
 vidirten Statuts die Geschäftsbeamten, die Herren
 Ober-Inspektor August Funke,
 Ober-Inspektor Hermann Strubberg,
 Bureau-Chef Heinrich Hügel
 beauftragt hat bei Behinderung des Direktors dessen Amt zu versehen, mit der Maß-
 gabe, dass die gemeinschaftliche Unterschrift von je zweien der genannten drei Ange-
 stellten diejenige des Direktors ersetzen soll.
 Frankfurt a. M., den 12. November 1878.

Der Deutsche Phönix. Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.
 vdt. Der Verwaltungsrath Die Direktion
 (gez.) von Donner, (gez.) C. Lämmerhirt.
 Präsident.

**Benedictiner, Doppelkräuter-
 Wagenbitter.**
 nach einem aus einem Benedictinerkloster stam-
 menden Rezept fabricirt von
C. Pingel in Göttingen.
 Welche wie nachfolgendes sticht in großer
 Anzahl in Jedermanns Einsicht bereit.
 Attest: Herr Michael Weingierl, Be-
 rathener in Bayern (Oberpfalz) be-
 richtet: Ich spreche Ihnen meinen vollkomme-
 nen Dank für Ihren Benedictiner aus, da sich
 solches trefflich gegen meine so häufigen Magen-
 weiden bewährt.
 Preis à Flacon
 von ca. 300 Gr. Inhalt 3 M. 50 Pf.
 „ „ „ „ 6 „ 75 „
 Bei Abnahme von 5 fl. freie Verpackung, bei
 10 fl. freie Verpackung und 1 fl. gratis.
C. Pingel, Göttingen (Provinz Hannover).
 Nur echt zu haben in Karlsruhe bei **Th. Brugier**, Woldstr. 10, in
 Mannheim bei **Jak. Uhl**, in Pforzheim bei **Wilh. Hauber**.

Lohn-Spinn & Weberei Memmingen
 durch ihre vortrefflichen Fabrikate längst bekannt, empfiehlt sich auch heuer
 wieder zum: **Spinnen, weben, zwirnen & bleichen von**
Flachs, Hanf und Abwerg
 zu den billigsten Löhnen.
 Auf solchen Plätzen, auf denen nicht Niederlagen für uns existiren,
 erlauben wir die Herren Producenten, die Sade mit direktem Frachtbrief
 adressirt an:
„Spinnerei Memmingen“
 der nächstgelegenen Station zu übergeben.
 4 Wochen nach Erhalt gehen die Garne oder das Tuch wieder an
 den Eigenthümer zurück. Die Kosten werden nachgenommen abzüglich
 5% Provision.
 Wir bitten um zahlreiche Aufträge und zeichnen
 achtungsvoll
Med. Feinenspinnerei.
 849. 5

Möhring's Lampenöl.
 Ich beehre mich hiermit anzuzeigen, dass ich in Karlsruhe den Alleinverkauf
 meines geruch- und gefahrlosen Lampen-Öles dem Herrn **K. Walzacher**,
 Langstrasse 145, und die einzige Niederlage meiner dazu gehörigen Lampen den
 Herren **F. Mayer und Cie.** am Rondeplatz übertragen habe.
 Da mein Öl das Einzige ist, welches absolute Sicherheit gegen jede
 Explosion und Feuergefahr bietet, so hoffe ich, dasselbe wird in Karlsruhe
 eben so rasche Aufnahme finden, wie überall.
 In einer Niederlage sind Ständer, Salen-, Stab- und Hänge-Lampen,
 sowie einzelne Bestandtheile zur Umänderung jeder Petroleum-Lampe in großer
 Auswahl vorrätig.
H. G. Möhring
 in Frankfurt a. M.
 D. 188. 2.

D. 241. 1.
 Die Erzeugnisse der
**Grossherzogl. Badischen, Kgl. Preuss.
 & Kaiserl. Oesterr.
 Hof-Chocolade-Fabrikanten**
Gehr. Stollwerck in Köln
 Filialen in Frankfurt a. M., Breslau & Wien,
 verdanken ihren Weltruf der gewissenhaften Verwen-
 dung von nur besten Rohmaterialien und deren sorgfäl-
 tigster Bearbeitung. Die Original 1/4 und 1/2-Pfund-
 Packungen sind mit Preisen und Garantie-Markte
 (pure Cacao und Zucker) versehen.
 Die Fabrik ist brevetirte Lieferant:
 I. I. M. M. des Kaisers Wilhelm, der Kaiserin Augusta,
 Sr. K. u. K. H. des Kronprinzen, Sr. Kaiserl. u. Königl.
 apostol. Majestät Franz Joseph, sowie der Höfe von Eng-
 land, Italien, der Türkei, Bayern, Sachsen, Holland,
 Belgien, Baden, Sachsen-Weimar, Mecklenburg,
 Rumänien und Schwarzburg.
 19 goldene, silberne u. bronzene Medaillen.
Stollwerck'sche Chocoladen & Cacaos
 sind in allen Städten Deutschlands zu haben, sowie
 auch an den Haupt-Bahnhof-Büffets.
Chocoladen
 in Karlsruhe bei Apoth. Otto Leimbach, V. Merkle, Cond. Louis
 Oesterle, Herrn. Munding; in Mühlburg bei Carl Roth.
Brustbonbons
 in Karlsruhe bei Theod. Brugier, Mich. Hirsch, Wilh. Hofmann,
 Hoffel., Apoth. Otto Leimbach, V. Merkle, Cond. G. Moritz, Horn.
 Munding, Cond. Louis Oesterle, Wilh. Pfeiffer, Cond. Aug. Ritzinger,
 Ernst Salzer & Wilh. Schmidt; in Mühlburg bei Carl Roth.

Bürgerliche Bekanntmachung.
 Vermögensabsonderungen.
 E. 568. Nr. 9983. Karlsruhe. Zur
 Verhandlung über die Vermögensabson-
 derungslage der Ehefrau des Friedrich
 Bräuer in Aue, Christine, geb. Bräuer,
 ist Tagfahrt auf
 Samstag den 4. Januar l. J.,
 Vormittags 9 Uhr,
 anberaumt, was zur Kenntniss der Gläu-
 biger gebracht wird.
 Karlsruhe, den 18. November 1878.
 Großh. Kreis- und Hofgericht.
 Civilkammer II.
 Gerbel.
 B. Köhler.

E. 570. Nr. 9598. Karlsruhe. Durch
 Urtheil von heute wurde die Ehefrau des
 Bäckers und Handelsmanns Leopold Joh.
 Johanna, geb. Seligmann, von Malch, für
 berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem-
 jenigen ihres Ehemannes abzusondern.
 Dies wird hiermit zur Kenntniss der
 Gläubiger gebracht.
 Karlsruhe, den 2. November 1878.
 Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
 Civilkammer I.
 Bieleandt.
 Dr. Stein.

Verm. Bekanntmachungen.
 D. 230. 1. Durlach.
**Haus Verstei-
 gerung**
 In Folge richterlicher Verfügung wird
 das dem Bäder Heinrich Weisinger da-
 hier gehörige dreistöckige Wohnhaus mit
 Hof, Hintere Gebäude, Bäderzimmern und
 sonstiger Zugehör, in welchem eine Bäderei
 und Schankwirtschaft betrieben wird, an
 der Hauptstrasse in Durlach neben Metzger
 Friedrich Köpfel und dem Domänenver-
 waltenden Brunnenhaus gelegen, geschätzt
 zu 15,500 Mk.,
 am
 Montag den 9. Dezember l. J.,
 Nachmittags 3 Uhr,
 im hiesigen Rathhause zum zweiten Mal
 der Versteigerung ausgesetzt und um das
 höchste Gebot endgiltig zu veräußern, auch
 wenn dasselbe unter dem Schätzungspreise
 bleiben sollte.
 Durlach, den 11. November 1878.
 Der Großh. Volkstr. Angebotsbeamte.
 H. Buch, Notar.

D. 135. 2. Heidelberg.
**Steigerung &
 Ankündigung.**
 In Folge richterlicher Verfügung wird
 dem Bäder Gottlieb Bechle dahier ein
 nachbeschriebenes Liegenhause am
 Freitag den 22. November l. J.,
 Nachmittags 3 Uhr,
 im Rathhause dahier öffentlich versteigert,
 wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der An-
 schlag oder mehr geboten wird.
 Stadtbezirk
 I a 98 am Fildenturm an der Berg-
 heimer-Strasse dahier, worauf, mit Nr. 43
 bezeichnet, erbaut sind:
 a. ein dreistöckiges Wohnhaus mit Kie-
 senboden, gewölbtem Keller und Dachzim-
 mer-Einrichtung,
 b. ein dreistöckiger Seitenbau rechts mit
 Kiefernholz, Bäder-Einrichtung und
 Kaminzimmer.
 Brandversicherungsanschlag 24,900 M.
 Gerichtlicher Anschlag 34,900 M.
 Heidelberg, den 23. October 1878.
 Der Volkstr. Angebotsbeamte.
 Sternheimer.

D. 240. Freiburg.
Kaufgesuch.
 Die sämtlichen Jahrgänge des Reichs-
 geschäftsblatts, der bad. Regierungs- resp. Ge-
 richts- und Verwaltungsblätter, des bad.
 Staatsanzeigers und des bad. Centralver-

ordnungsblattes werden zu kaufen gesucht.
 Der Director des Landesgefängnisses
 Freiburg.
 Ceter.

D. 132. 3. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**

Mit höherer Ermächtigung vergeben wir
 die Lieferung von
Metallwaaren
 im Soumissionswege und fordern Liefe-
 rungsanträge hiermit auf, ihre Offerte schrift-
 lich, verschlossen und mit entsprechender
 Aufschrift versehen bis
 Freitag den 22. November l. J.,
 Vormittags 10 Uhr,
 bei uns einzureichen, wo auch die Liefe-
 rungs- und sonstige Bedingungen
 auf portofreie Anfragen abgegeben werden.
 Musterstücke liegen in unserem Haupt-
 magazin zu Ansicht auf, eine Besendung
 desselben findet nicht statt.
 Karlsruhe, den 6. November 1878.
 Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahn-
 magazine.

D. 233. 2. Mosbach.
II. Ankündigung.
 In Folge richterlicher Ver-
 fügung werden dem Restaurateur Georg
 Pflisch in Mosbach die nachbeschriebenen
 Liegenhause, welche bei heutiger Verstei-
 gerung den Anschlag nicht erreichten, am
 Montag den 2. Dezember d. J.,
 Vormittags 9 Uhr,
 im Rathhause dahier nochmals öffentlich
 versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt,
 auch wenn der Schätzungspreis nicht gebo-
 ten wird.

Liegenhause:
 Ein zweistöckiges Wohnhaus
 mit Oekonomengebäude, drei
 gewölbten Kellern, gebödeter Re-
 gelbahn mit Hofbahn und ge-
 schlossenen Hofraum mit Ein-
 fahrt, neben dem Amtgebäude
 dahier gelegen und zur Einrich-
 tung einer Brauerei geeignet,
 nebst 18 Ruten Garten vor
 dem Hause, zusammen taxirt zu 17,000 M.
 Mosbach, den 11. November 1878.
 Der Volkstr. Angebotsbeamte:
 Großh. Notar
 Hanagart.

D. 207. 2. Nr. 16, 125. Karlsruhe.
**Lieferung von Kirchen-
 wachs.**

Die Lieferung von jährlich etwa 500 Kg.
 Badisch zu kirchlichem Gebrauche soll unter
 folgenden Bedingungen im Soumissions-
 wege vergeben werden:
 1. Das Wachs muß rein und von guter
 Beschaffenheit sein.
 2. Die Lieferung erfolgt 2 bis 4 Mal im
 Jahr jeweils auf Bestellung und nach
 Bedarf durch die Domänenverwal-
 tungen Bruchsal, Bühl, Lahr, Wald-
 kirch, Freiburg, St. Blasien und Kon-
 stanz franco an letztere oder an die
 von denselben bezeichneten Eisenbahn-
 stationen.
 3. Die Bezahlung geschieht je nach Ver-
 langen monatlich oder vierteljährig
 portofrei an den Lieferanten.
 4. Besondere Vergütung für Verpackung
 oder sonstige Auslagen wird nicht ge-
 währt.
 5. Die Angebote sind für das Aho zu
 stellen und ist dabei anzugeben, um
 welchen Preis das Kirchwachs und
 die Wachsstücke übernommen werden.
 6. Die Soumissionen sind binnen 3 Wo-
 chen von heute an bei unterzeich-
 neter Stelle einzureichen.
 Karlsruhe, den 7. November 1878.
 Domänen-Direktion.
 (Mit einer Beilage.)